

18. Wahlperiode

Ersetzungsantrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der AfD auf Annahme einer Entschließung - Drs. 18/2455

Demokratienotstand in Berlin beenden – Kriminelle Machenschaften von Linksextremisten und der sogenannten Antifa sofort stoppen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag zur Drucksache 18/2455 wird wie folgt ersetzt:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin möge beschließen:

Demokratie in Berlin sichern

1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekennt sich zum Gewaltmonopol des Staates, zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit und zur Chancengleichheit zwischen den politischen Parteien. Die Grundrechte gelten für alle.
2. Das Abgeordnetenhaus von Berlin distanziert sich in aller Deutlichkeit von Parteien, Vereinigungen, Verbänden, Organisationen und Medien, die dieses Gewaltmonopol infrage stellen und deren Repräsentanten Andersdenkenden mit Gewalt drohen und an der Ausübung ihrer Rechte hindern wollen, unabhängig davon unter welchen politischen, weltanschaulichen oder religiösen Vorzeichen sie dies tun und gegen wen sich die Gewalt richtet.
3. Das Abgeordnetenhaus von Berlin unterstreicht das Recht jeder politischen Partei, ihre Landes- und Bezirksparteitage in Berlin ordnungsgem entsprechend den gesetzlichen Auflagen

durchführen zu können. Dabei sind die Parteien bei Bedarf insbesondere durch die Sicherheitsbehörden zu unterstützen. Sofern die Durchführung von Parteitag wegen Gewaltandrohung, Erpressung oder sonstiger krimineller Aktionen gegen private Vermieter von Räumlichkeiten an eine Partei nachweislich nicht mehr ausgeübt werden kann, werden der Partei seitens der zuständigen Stellen geeignete öffentliche Räume zur Durchführung eines Parteitags zur Verfügung gestellt.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.05.2020 zu berichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Berlin, 30. Januar 2020

Dregger Lenz
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Czaja Luthe
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der FDP